

# Weißenitz-Zeitung

## Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Neueste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierfachjährlich 20 Pf. ohne Zusatzfragen. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverbands-Girokonto Nr. 3. — Postleitzahl: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die sechseckige Postkarte 50 Pf., außerhalb der Amtshauptmannschaft 75 Pf., im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zelle 200 Pf. — Eingelandt und Reklamaten 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jähne. — Druck und Verlag: Carl Jähne in Dippoldiswalde.

Nr. 46

Donnerstag den 24. Februar 1921

87. Jahrgang

### Butter-Zuteilung.

Für die laufende Woche beträgt die auf den Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung entfallende Menge 50 g Butter.

Der Preis beträgt: für 50 g Butter: 1,35 Mr.

Mob. IV. Kommunalverband Dippoldiswalde, am 22. Februar 1921.

Im diesigen Handelsregister ist am 23. Februar 1921 auf Blatt 270 eingetragen worden: Die offene Handelsgesellschaft Friedrich & Schneider in Brüggen und als deren Gesellschafter der Waschmeister a. o. Max Richard Friedrich und der Werkzeugmacher Georg Franz Schneider, beide in Brüggen. Die Gesellschaft hat am 1. Februar 1921 begonnen. (Angegebener Geschäftszweig: Möbelholzbiosseriet.)  
IA. Reg. 38a/21. Amtsgericht Dippoldiswalde, am 23. Februar 1921.

Normalare und andere Brüderchen i. Gemeinde- und andere Schöpfer liefern die zweidimensionalen Ausführungen die Buchdruckerei Carl Jähne, Dippoldiswalde.

### Hertliches und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Tagesordnung zur 6. Sitzung der Stadtverordneten zu Dippoldiswalde Freitag den 25. Februar 1921, abends 7 Uhr. a) Öffentliche Sitzung: Rennitnahme von einer Niederschrift über den Rentzofselberlauf, von einem Danzschreiben und von der erfolgten Nachtragung des Schleien- und Wasserleitungssystems. — Beitrag der Stadtgemeinde zum Verein "Deutsches Hygiene-Museum". — Übereilung von Land an den Amtsiedlungsverein, Bezirk Dippoldiswalde. — Festlegung des Mietzinses und der Heizungs-Erschließung für die Sparsalle und Girokasse. — Eingabe des Stadtbauamtsleiters Elster-Dresden, Anlauf des von ihm angefertigten Bebauungsplans. — Entwurfes bet. — Verwaltung eines Betriebs für die Volksbibliothek. — b) Röhlöffentliche Sitzung.

Die 4. Klasse der 178. Sächsischen Landeslotterie wird am 9. und 10. März gezogen. Die Lose sind bis zum 28. Februar bei den Staatslotterieeinnahmen zu erneuern.

Wir erhalten folgende Botschaft: Der am Dienstagabend im goldenen Stern stattgefundenen Evangelionsvortrag über "Denkende Menschen und unsere Zeit" wirkte auf seine Besucher recht lebendig. Er ließ so recht das Bedürfnis durchdringen, in dieser Zeit, über deren Ernst wir uns nicht hinwegtäuschen dürfen, vollen Aufklärung und einen festen Halt in dem alten Worte Gottes zu erhalten. Die am Donnerstag und Sonnabend abend stattfindenden zwei weiteren Vorläufe erfreuen sich sicherlich wiederum eines guten Besuches.

Das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte gibt durch die Vertrauensmänner der Ortsausfälle folgendes bekannt: Nach Überwindung der in den Kriegsverhältnissen begründeten Schwierigkeiten hat die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte im Sommer 1920 die Beliebung von Konten auszugehen eingeleitet. Um diese Sonderarbeit ohne Personalaufwand und möglichst ohne spätere Rücksichten durchzuführen, hat sie die Versicherer zur Mitarbeit herangezogen und ihnen durch die Arbeitgeber Antragsvordrucke zugeschickt. Dieser Weg hat den Angestellten u. a. den weiteren Vorteil, daß sie somit veranlaßt wurden, etwaige Reisedienste nachzuweisen und sie als Belegschaften anzusehen zu lassen. Bis Ende November 1920 sind über eine Million Anträge vorliegend und mehr als 55 000 Konten auszugehen geplant worden. Es hätten bereits weit mehr Anträge abgestellt werden können, wenn nicht viele Versicherer die Vordrucke gar nicht oder unvollständig ausfüllten. Es ist den Versicherern dringend zu ermahnen, daß sie die Vordrucke sofort nach Empfang fortgängig ausfüllen und zurücksenden. Die Erledigung einer so großen Zahl von Anträgen nimmt aber eine gewisse Zeit in Anspruch; Erinnerungen sind daher in nächster Zeit nicht angebracht. Die Reichsversicherungsanstalt hat die Erledigung des Reisedienstes niemals abgelehnt, sondern begnügt sie im Gegenteil, indem sie, unter Berücksichtung der Einsendung der Militärpapiere, alle Angestellten veranlaßt, sich den Reisedienst auf Grund der Papiere von einer Behörde an ihrem Wohnsitz bezeichnen zu lassen und die Erledigung gleichzeitig mit den Konten auszugehen zu beantragen. Bis Ende November sind bereits über 25 Millionen Mark den Konten der verschiedenen Reisedienststellen ohne Beitragsabzahlung gutgeschrieben worden. Zurzeit werden noch wöchentlich 2000 bis 2300 Anträge auf Erledigung gestellt und erledigt. Den Versicherern, die noch keine Militärpapiere haben, werden vorwiegend noch Erledigung der Abwidmungsstellen nach rächer zu bezeichnende Richter sowie Bezeichnungen über die Dauer ihres Reisedienstes ausstellen. Unter Umständen kann der Reisedienst auch auf andere geeignete Weise nachgewiesen werden.

Einer schweren Steuerhinterziehung hat sich der in Sächsisch-Bautzen wohnende, als sehr wohlhabend geltende Landwirt und Fleischermeister Heidrich schuldig gemacht. Infolge eines bei der Steuerbehörde eingegangenen anonymen Briefes wurde eine Haussuchung bei Heidrich vorgenommen, wobei in einem hinter einem Christusbild angebrachten Geheimfachschranken 80 000 M. in bar, daneben 1800 M. in Silbermünzen, außerdem Wertpapiere (Hypotheken, Schuldscheine, Aktienanleihe) in Höhe von 120 000 M. also insgesamt der Betrag von 200 000 M. entdeckt wurde. Da Heidrich der Steuerbehörde nur einen geringen Beitrag angerechnet hatte, wird diese Angelegenheit noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Schmiedeberg. Tagesordnung zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderates Freitag den 25. Februar 1921, abends 7 Uhr, in der Schulanlage: Mitteilungen. — Antrag des Schulvorstandes, Anstellung einer ständigen Handarbeitslehrerin betz. — Antrag des Zentralvereins auf Ankauf seines Grundstückes an die Wasserleitung. — Antrag des selben Vereins, bez. Beschaffung eines Sportplatzes. — Wasserleitungserlegung in der Schenkestraße. — Antrag des Eisenbahn-Renbausamtes auf Übernahme der Stützmauer an der oberen Schenkestraße. — Besuch des Straßenarbeiter-Kaders um Rohrerdigung. — Antrag des Stadtrates auf ein Grundstück. — Bedauern des Grundstückes am Moltkegrund betz. — Ein Unterstützungsgebet. — Sammlung zur "Grenzspende Oberhessien". — Ministrantenordnung, Zuwachsfeuer betreffend. — Etwa noch Eingehendes. — Hier nach nicht-öffentliche Sitzung.

Der Münzverein Schmiedeberg u. Umg. hielt am Sonntag den 20. Februar im Rathaus zur Post unter großzügiger Beteiligung seine diesjährige ordentliche Hauptversammlung ab. Derstellvertretende Vorstande, Herr W. Müller, ließ die Eröffnungen herzlich willkommen und bedauerte, daß der bisherige Vorstande, Herr Weißmeister St. Wenzel, aus Gesundheitsgründen gezwungen ist, sein Amt niederzulegen. An dessen Stelle wählte die Versammlung Herrn Ingenieur Kunle zum ersten Vorstande, welcher die Wahl mit Dank annahm. Dem Vereinsstifter, Herrn Hermann Kuxel, war es verdient, auf eine 30jährige Tätigkeit als Rästler zurückzublicken zu können. In Anrede seiner Verdienste für den Verein erbat dieser der Jubilar durch Ernehrung zum Ehrenstifter, unter gleichzeitiger Errichtung einer "Hermann-Kuxel-Stiftung". Die ausscheidenden Ausschußmitglieder wurden wiedergewählt; auch konnten 3 Kameraden neu aufgenommen werden. Die Versammlung lobte den Beschluss, das Ehrenfeuer am Grabe von Heiligzweig zu errichten, eingetretener Verhältnisse halber, vorläufig wegfallen zu lassen; ferner gestattete es die finanzielle Lage des Vereins, das Sterbegeld um 100 Prozent zu erhöhen, was offizielle Zustimmung fand. Das Sterbegeld soll jedoch in Wegfall kommen, da hierzu wenig Gebrauch gemacht wurde. Kamerad Müller machte nach Ausführungen über das geplante Ehrenmal für unsere Gefallenen und hoffte, daß die eingeleiteten Vorbereitungen hieran von Erfolg sein würden. Am 1. Oktober, am Tage der Gründung des Vereins, soll das 50jährige Stiftungsjubiläum gefeiert werden, weshalb man einen Besuchstag wählt. Am Schlusse berichtete Kamerad Weißmeier noch über die geplante Oberhessen-Spende.

Reinhardtsgrima. Der Turnverein Reinhardtsgrima (e. V.) hielt am Sonntag seine diesjährige Hauptversammlung ab. Aus den Berichten war zu ernehmen, daß der Verein 120 Vereinsangehörige zählt, 95 Mitglieder und 25 Jungmädchen. Die Abteilungsleiter zählt 40 Knaben, die mit diesen abgetrennten 35 Turnstunden waren von 855 Knaben besucht. Die aktiven Turner fanden an 37 Abenden, 1176 Besucher wurden gezählt. Es konnte leider nur die

Freitag den 25. Februar 1921 abends 7 Uhr  
Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten zu Dippoldiswalde  
Tagesordnung hängt im Rathause aus.

### Anmeldung zur Verlosung der Riebsch-Stiftungsgelder.

Sonntag den 27. Februar ds. Ja. vormittags 11 Uhr haben sich diejenigen Jungfrauen, die an der Verlosung der Ausstellungsgelder der Riebsch-Stiftung teilnehmen wollen, im Sitzungszimmer des Rathauses zur Anmeldung einzufinden und hierbei das Taufzertifikat vorzulegen.

Die Bestimmungen darüber, wer zur Anmeldung und Verlosung zugelassen werden darf, können im Rathaus, Zimmer Nr. 17, II. Obergeschloß, eingesehen werden.  
Dippoldiswalde, im Februar 1921.

Der Stadtrat.

wärmere Jahreszeit hindurch bei günstigem Wetter geturnt werden, da die vom Ehrenmitglied des Vereins, Herrn General Sensit v. Billach zur Verfügung gestellte Winterturnstätte erst zu Beginn des neuen Jahres bezogen werden konnte. Spieltunden fanden 12 statt. Eine Jahreshauptversammlung, 4 Turnfesttagungen und 7 Monatsversammlungen waren zur Erledigung der Geschäfte notwendig. Seit längerer Zeit wird an einem besonderen Abende der Woche das Schachspiel gepflegt. Das Vereinsvermögen ist im vergangenen Jahre um 1787,84 M. von 6441,18 M. auf 8229,02 M. gestiegen. Sämtliche Wahlen (Turnrat, Vergnügungsausschuß, Rechnungsprüfer, 5 Vertreter zum Haupttag) gingen glatt von Statten. Eine Sammlung zum Innenausbau ergab 30,20 M.

Malter. Am Sonntag den 13. Februar veranstaltete der Jugendverein „Seestern“ Paulsdorf u. Umg. unter Mitwirkung des Herrn Pastor Müller-Paulsdorf einen Theatertag im Saalhof Müller zum Besten des Kriegerdenkmals der Parochie Seifersdorf. Begrüßt wurden die zahlreichen Besucher von Fräulein Schumann mit einem Prolog, welcher auf den Zweck der Veranstaltung hinwies. Die beiden Lustspiele „Der schwule Franz und der pfiffige Hans“ und „Die Schützen“ mit ihren humoristischen Verweichungen, wurden mit gespielt. Der von 36 Personen aufgeführte Reigen „Winter und Frühling“ in Schermanns, Eisen- und Engelsköpfen wurde besonders durch Della-mationen von Kindern verschönert.

Bärenstein. Auf einstimmigen Beschluß des Kirchenvorstandes hand, um allen Kreisen der Gemeinde den Besuch des Gottesdienstes zu ermöglichen, am Sonntag abends um 7 Uhr der Predigtgottesdienst statt. Also nicht vorne.

Bieberau-Waltersdorf. Bei Tauf-, Trau- und sonstigen Familienfeierlichkeiten geht bei den Gemeindemitgliedern eine Sammelbüchse im Gehäuse herum, worin Gaben für das eigene Werke der Kirchenverbände gesammelt werden. Die Kirchengemeinde wird mit der Bitte darauf hingewiesen, diese Einrichtung freundlich aufzunehmen und die Seiten zu unterstützen. Jeder wird doch wohl in der Freude auch dankbar sein und anderen Freude bereiten wollen.

Freiberg. Das für die geplante Erweiterung der Deutschen Gerberhalle erforderliche Baugelände III von der Stadt unentgeltlich zur Verfügung gestellt worden.

Zur Sicherung der noch immer anhaltenden Wohnungsmangel sind im letzten Jahre durch Neubauten, größtenteils unter städtischer Regie, 68 neue Wohnungen geschaffen worden, 52 sind noch im Bau.

Dresden, 22. Februar. Der Handtag beschloß heute mit 44 Bürgerlichen gegen 43 sozialistische Stimmen, der Regierung nur die Genehmigung zur Ausgabe von 280 Millionen Mark unverzüglich Schenkungsleistungen zu erteilen, anstatt der von der Regierung gewünschten und von der zentralen Währungsbehörde unterstützten Ausgabe von 500 Millionen Mark Schenkungsleistungen.

Witten. Einer Interrogation ist die bisherige Polizei auf die Spur gekommen. Es handelt sich um 20 jüdische Jünger, die in dem Augenblick bestrophen wurden könnten, als sie auf dem Bahnhof nach Dresden verfrachtet werden sollten; sie waren an einen Dresdner Konsumverein verkauft worden. Die Beteiligten wurden verhaftet.

Stolz. Die Fleischpreise im benachbarten Böhmen liegen von Tag zu Tag. Heute kostet schon ein Pfund Schweinefleisch 12 M., das ist 10 Mark niedriger als der Marktpreis in Sachsen. Dieser Umstand ist ein Anreiz zum Fleischmuggeln nach Sachsen darüber, doch haben die tschechischen Grenzorgane ein besonderes markantes Auge auf den Grenzverkehr.

## Die Abstimmung in Oberschlesien.

Gemeinsame Abstimmung aller Oberschlesiener am 20. März.

— London, 21. Februar. Amtlich wird gemeldet: Die Londoner Konferenz hat beschlossen, daß die oberschlesischen Landesbewohner und die auswärts wohnenden Abstimmungsberechtigten zu gleicher Zeit abstimmen sollen.

Wie der „Temps“ mitteilt, wurde in London weiter beschlossen, daß die Volksabstimmungskommission für Oberschlesien den Abstimmungstag auf den 20. März oder, wenn sich unüberwindliche Hindernisse dem entgegenstellen, auf ein benachbartes Datum festlegen soll. Der Oberste Rat hat ferner Kenntnis genommen, daß die britische Regierung die Verpflichtung übernommen hat, der Volkskommission vier Bataillone zur Sicherung der Abstimmung zur Verfügung zu stellen.

Un amtlicher Stelle ist über den Beschuß des Obersten Rates in der Frage der oberschlesischen Abstimmung bisher noch nichts bekannt. Sollte sich die Londoner amtliche Meldung, wie wir erwarten, als richtig erweisen, so wird sie in Deutschland zweifellos mit Beifriedigung aufgenommen werden. Die deutschen Vorstellungen gegen die Entscheidung der Botschafterkonferenz, die befürchtlich für die außerhalb Oberschlesiens wohnenden Abstimmungsberechtigten einen späteren Abstimmungstermin vorsah, wären demnach nicht erfolglos geblieben. Ein besonderes Entgegenkommen der Alliierten wird man allerdings in ihrem Bericht auf die getrennte Abstimmung nicht erblicken dürfen. Sie haben vielmehr damit nur eine Fortsetzung der Gerechtigkeit erfüllt, denn in dem Friedensvertrag von Versailles ist feinerlei Bestimmung enthalten, die eine zeitliche oder örtliche Trennung der Abstimmung gestattet würde. Wenn die Alliierten sich nicht eines offenkundigen Vertragsbruches schuldig machen wollten, mühten sie eben den Beschuß des Botschafterrates aufheben und die Vertrags-Bestimmung über die gleichzeitige Abstimmung der in Oberschlesien wohnenden und der außerhalb des Abstimmungsgebietes befindlichen Abstimmungsberechtigten voll anstreben.

Im letzten Augenblick, wo die Vorbereitungen für die Abstimmung nahezu beendet sind, haben sie sich doch eines Besseren belehnt und sich wohl oder übel entschlossen, die begehrten deutschen Proteste zu beabsichtigen. Eine sinnbare Erleichterung für die deutsche Sache ist dadurch nicht geschaffen. Denn die Bekämpfungen des berüchtigten Abstimmungsgesetzes mit ihren zahllosen Fällen machen es vielen Reichsvergleichern tatsächlich unmöglich, an dem entscheidenden Abstimmungstage das Stimmrecht in ihrer Heimat auszuüben. Wenn nicht der Anschluß erwartet werden soll, als beabsichtigt man, die oberschlesische Abstimmung zugunsten Polens zu beeinflussen, dann darf die Kreise der außerhalb wohnenden Abstimmungsberechtigten nicht durch kleinliche Maßregeln und Schikanen der Abstimmungsbehörden erschwert, wenn nicht gar verhindert werden. Solange nicht Wandel geschafft wird, kann von einer wahren „Volksabstimmung“ keine Rede sein.

Erfreulich ist die Mitteilung, daß die interallierten Truppen durch 4 Bataillone Engländer verstärkt werden sollen. Trotzdem stellen die Franzosen auch noch den größten Teil der Besatzungstruppen. Dies muß in so mehr zu denken geben, als noch den jüngsten Meldungen ein polisch-französisches Militärbündnis abgeschlossen worden ist. Werden die französischen Truppen bereit sein, bei Invasionierung von Karlsruhe seitens der Polen gegen ihre eigenen Bundesgenossen vorzugehen? Wir möchten es stark bezweifeln. Eine Verstärkung des englischen Truppenkontingents kann uns daher sehr willkommen sein.

## Die Aufstellung der Entschädigungsansprüche.

### Eine Note der Reparationskommission.

Die Reparationskommission veröffentlicht eine Note, nach der die deutsche Regierung aufgesordert worden ist, spätestens zum 15. Februar die Sachverständigen nach Paris zu entsenden, die das der Kriegs kostenkommission vorgelegte Material prüfen können. So sollen Verzögerungen vermieden werden, die entstehen würden, wenn die Kommissionen der alliierten Regierungen erst nach Berlin gesandt werden müßten.

Herner werden in der Note eingehende Mitteilungen über die von der Reparationskommission festgestellte Rechtmethode gemacht. Der deutschen Regierung werden nur ganz kurze Fristen zur schriftlichen Begründung auf die Schadensrechnungen der Alliierten gewährt. Anfang April will die Reparationskommission der deutschen Regierung einige Tage Gelegenheit zu mündlichen Verhandlungen geben. Die Zeit vom 12. April ab bis zum Ende des Monats schlägt sich die Kommission vor, um nach Vorbericht des Friedensvertrages zum 1. Mai 1921 die endgültige Entscheidung über die Schäden, deren Wiedergeltung Deutschland schulde, auszusprechen.

Die Note vom 15. d. Ms. liegt bei den Berliner Zentralstellen noch nicht vor. Es ist selbstverständlich ausgeschlossen, daß die deutsche Regierung sich darauf anlassen kann, sich im einzelnen vorzuschreiben zu lassen, wann welcher Frist sie die Nachprüfung der außerordentlich umfangreichen Aufstellungen zu erledigen hat. Wie verlaufen hat die deutsche Kriegskostenkommission Anweisung erhalten, diesen Standpunkt der Reparationskommission gegenüber nochmals zum Ausdruck zu bringen.

Staatssekretär Vergmann, der zu Verhandlungen über die Einschätzung des deutschen Staatsvermögens in den abgetretenen Gebieten nach Paris gekommen war, begibt sich nach Berlin zurück.

## Der erste Tag in London.

### Der Beschuß über Oberschlesien.

Die Konferenz in London ist am Montag eröffnet worden. Wieder Erwarten beschäftigten sich die Alliierten in der ersten Sitzung mit der oberschlesischen Frage. Nach dem „Echo de Paris“ hat sich Oland auf den Standpunkt gestellt, die von dem Obersten Rat früher getroffenen Maßnahmen müßten aufrecht erhalten und die gesuchten Beschlüsse der getrennten Abstimmung dürfen nicht rückgängig gemacht werden. Die Unterredung sei äußerst unangenehm gewesen und habe zwei Stunden gedauert. Danach habe Oland sich entschlossen, sich zu unterwerfen.

Die Konferenz entschied sich dafür, daß die Abstimmung gemeinsam für alle Abstimmungsberechtigten am 20. März oder höchstens eine Woche später stattfinden soll. Zur Verstärkung der Ententetruppen wird die britische Regierung vier Bataillone in Stärke von 2500 Mann nach Oberschlesien schicken.

### Beginn der Orientierungen.

In der Nachmittagsitzung, die um 4 Uhr nach dem St. James-Palast einberufen war, stand das Orientierungsproblem auf der Tagesordnung. In der Orientierung nahmen von den verbündeten Mächten England, Frankreich, Italien und Japan teil. Das Ziel der Verhandlungen ist, eine Grundlage für die Aenderungen des Vertrages von Sevres zu finden, den Abschluß des Friedens mit dem Tützel zu erleichtern und eine angemessene Regelung der Ansprüche Griechenlands und verschiedener verbündeter Mächte auf das türkische Gebiet herbeizuführen.

Die griechische Abordnung wohnte der Sitzung bei. Die Konferenz hörte zunächst den griechischen Ministerpräsidenten Kalogeropoulos an. Der Bericht über die Lage in Kleinasien erhieltse. Danach sah der griechische Generalstaatsrat, Oberst Sarlamis, die militärische Lage aus. Die Griechen könnten in längstens drei Monaten Angora, den Regierungssitz Kemals, eingenommen, so sicher hielten sie die türkischen Nationalisten in Schach. Wohl George erinnerte an einen Bericht des Marschalls Hoch, wonit dieser erklärte, die griechische Armee sei nicht in der Lage, den türkischen Friedensvertrag von Sevres durchzusetzen. Damit wurde die Debatte geschlossen.

Die beiden militärischen Delegationen aus Konstantinopel und Angora sind in London eingetroffen und werden am Mittwoch vor der Konferenz erscheinen. Mit einer Einigung zwischen der Konstantinopeler Regierung und den Kemalisten ist kaum zu rechnen.

## Steuerhinterziehung.

### Große Bedrohung der Reichsfinanzen.

Von zuständiger Seite wird der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ geschrieben:

Die Steuerhinterziehung droht die Gesundung der Reichsfinanzen auf das ernste zu gefährden. Das Reich muß vor allem für den Vollzug der Gesetz-Sorge tragen, dessen entstehende Durchführung allein den Boden für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft bereiten kann. Die Ausführung dieser Gesetze stellt die größten Anforderungen an das Bürgertum und die Verantwortungsfreudigkeit der Finanzbehörden. Es muß erwartet werden, daß sie, von dem Bewußtsein der Bedeutung der Aufgabe getragen, feste Mittel untersucht lassen, ihrer Herr zu werden. Die Gesamtbevölkerung des Reichs muß in gerechter und gleichmäßiger Verteilung der Lasten herangesogen werden. Dies zu erreichen ist nur möglich, wenn der Kampf gegen die Steuerhinterziehung ohne Gnade mit allem Nachdruck aufgenommen wird. Bisher galt es, den Vollzug der Steuergesetze in Lauf zu setzen. Die Pflichttreue der Beamenschaft hat dies, soweit es unter den gegebenen Verhältnissen möglich war, vermocht. Diese Arbeit wäre vergeblich, wenn es jetzt dem Steuerunwilligen gelänge, sich der steuerlichen Mithilfe am Wiederaufbau des Reiches zu entziehen.

Die Reichsaabgabenordnung stellt in weitem Umfang Mittel zur Verfügung, durch die Steuergewerbehandlungen erfordert, der Täter und sein Vermögen erfaßt werden können. Diese Mittel mit aller Schärfe und Entschlossenheit ohne Unseren der Person und des Standes gegen jedermann, der Steuergesetze zuverhandelt, anzuwenden, ist selbstverständlich Pflicht der Steuerbeamten, eine Pflicht, die nicht nur gegenüber dem Reich und den von seinem Steueraustritten abhängigen Vätern und Gemeinden, sondern ebenso gegenüber den ehrlichen Steuerzahlern besteht.

Die Unterstützung des Reiches bei diesem Kampfe gegen den Steuerbetrug ist aber auch Sache jedes einzelnen. Wer dem Reich zu seinen Steuern hilft, schützt sich selbst vor der Mehrbelastung, die ihm aus der Steuerhinterziehung des anderen droht.

Bei allen Handlungen, die dem Kampf gegen die Steuerhinterziehung im Rahmen der Gesetze dienen, dürfen die Beamten des Schutzes der vorgenannten Dienststellen und insbesondere auch des Schutzes des Reichsfinanzministers gewiß sein.

## Politische Rundschau.

— Berlin, den 23. Februar 1921.

— In Leipzig wurde am Montag der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich eröffnet.

— Die Reichstagswahlen in Schleswig-Holstein und Ostpreußen. Auf Grund der bei den Reichstagswahlen im Wahlkreis Schleswig-Holstein für die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmen entfällt ein Mandat auf die Deutschenationalen (Dr. Oberschönen), ein Mandat auf die Deutsche Volkspartei (Dr. Kunzels), ein Mandat auf die Demokraten (Graf Benckendorff) und zwei Mandate auf die Mehrheitssozialdemokraten (Schröder und Frohne). — In Ostpreußen entfallen voraussichtlich auf die Deutschenationalen 4 Sitze, auf die Deutsche Volkspartei 2 Sitze, auf das Zentrum 1 Sitz, auf die Mehrheitssozialisten 3 Sitze und

auf die Kommunisten 1 Sitz. Die Demokraten blieben 0, die Unabhängigen, die Polen und die Wirtschaftspartei gingen leer aus. Unter den Gewählten befinden sich die Deutschenationalen Abgeordneten Graf Kanitz und Franz Behrens, Vorsitzender des Centralverbandes der Landarbeiter, Jerner Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz (Deutsche Volkspartei) und Hollerbach-Lindner Lubbing (Sitz).

— Die Liste der Kriegsverbrecher. Ein Vertreter der Oberrechtsanwaltschaft und ein Vertreter des Auswärtigen Amtes sind nach London abgereist, um mit dem englischen Generalstaatsanwalt gewisse technische Fragen wegen der Beweiserhebung in den englischen Hällen der sogen. Liste der 45 zu besprechen.

— Politische „Proteste“. Koranth organisiert wieder „Volksabstimmung“. In den polnischen Zeitungen Oberschlesiens werden dauernd Proteste von Land- und Städtegemeinden gegen die Einreise heimatreuer Oberschlesiener aus dem Reich oder gegen ihre Unterbringung in Oberschlesien während der Abstimmungszeit veröffentlicht. Diese Proteste sollen als spontane Willensäußerung der Volksmassen erscheinen. In Wirklichkeit werden die Protestversammlungen nach genaueren Anweisungen des Komitees-Hotels abgehalten, in dem auch die zu sassenden Revolutionen festgelegt werden. — Der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung zu Konstanz hat eine Entschließung gefasst und der Interalliierten Kommission in Oppeln übertragen, in der sie sich gegen eine Meldung der „Kreuzburger Zeitung“ (Polenblatt) verteidigen, wonach einige Gemeinden, darunter die Stadt Konstanz, gegen die Zusammensetzung der reichsdeutschen Oberschlesiener zur Abstimmung bei der Interalliierten Kommission Protest erhoben haben sollen. Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung, als die berufenen Vertreter der Stadt, stellen demgegenüber fest, daß dieses Nachwerk nicht von der Stadtgemeinde, sondern von einer kleinen Personengruppe ausgeht, die dadurch die Interalliierte Kommission und die breite Öffentlichkeit irre zu führen sucht. Der Einspruch wurde erhoben von einigen wenigen, erst zugezogenen polnisch gesinnten Personen, deren Zahl einschließlich Kinder etwa 20 beträgt, demnach nur von einem verschwindend kleinen Raum 1% Prozent betragenden Bruchteil der 3640 Seelen betroffenen Stadtbevölkerung.

— Verschärfung der französischen Propaganda in der Palä. Wie die „Deutsche Tageszeitung“ erfährt, beabsichtigen die Franzosen in den nächsten Wochen ihre Verbündetigkeit bezw. ihre Bestrebungen, in der Rheinpfalz und in den besetzten Rheingebieten mit dem Ziel einer Postremmung von Deutschland zu verschärfen. — „Le Monde“ propagiert nur die besetzten Gebiete, ist jedenfalls erheblich verstärkt worden.

— Sozialistischer Burgfrieden in Sachsen? Vor einigen Tagen hat in Dresden eine gemeinschaftliche Sitzung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen und Parteileitungen stattgefunden, in der über die fachliche Politik beraten wurde. Bei dieser Gelegenheit wurde von den Ministern Lipinski und Jädel der Wunsch ausgesprochen, daß angesichts der Arbeitsgemeinschaft in Regierung und Landtag auch in der Presse beider Parteien größere Zurückhaltung in den gegenseitigen Angriffen geübt werden müsse.

— Umlageverfahren und besseres Kochmehl. In München begann am Montag unter dem Vorstoß des Reichsministers Dr. Hermann die Konferenz der Ernährungsminister. Die Aussprache ergab eine vollständige Vereinbarung darin, daß für die freie Wirtschaft bezüglich des Getreides die Zeit noch nicht gekommen sei, daß vielmehr die öffentliche Wirtschaftsführung des Getreides in irgend einer Form nicht entbunden werden könne. Als die geeignete Form für die Wirtschaftsführung sah die Weltaus überlegende Mehrheit der Versammlung das Umlageverfahren an. Neben die Eingehalten bei der Durchführung dieses Verfahrens (bei dem bestimmte Erzeugergemeinschaften mit der Auflösung bestimmter Getreidemengen beauftragt werden) wird eine Kommission, Vorschläge ausarbeiten, die der Konferenz vorgelegt werden sollen. Der Reichsminister gab Kenntnis davon, daß vom 16. März ab die Qualität des Kochmeils verbessert werden soll, indem es von da ab nur mehr sieben Prozent ausgemahlen wird.

— Die Provinziallandtagswahlen in Preußen. — Gaben in den meisten Bezirken ähnliche Ergebnisse wie die Wahlen zum Preußischen Landtag. In manchen Wahlkreisen, z. B. Ostpreußen, hatten sich die Deutschenationalen und die Deutsche Volkspartei auf einen Wahlvorschlag geeinigt. Für Magdeburg entschieden mehr „Magdeburger Zeitung“ in den Provinziallandtag die Deutschenationalen 8 Abg., Deutsche Volkspartei 8 Abg., Dem. 4 bis 5 Abg., S. P. D. 18 Abg., Unabhängige Soz. 3 bis 4 Abg., Kommunisten 1 bis 2 Abg.

## Rundschau im Auslande.

— Die italienische Regierung beschloß, aus Triest einen Freihafen zu machen. Dieser Beschuß wird in kürzester Zeit vom König protestiert werden.

— In Bologna und Mailand fanden heftige Zusammenstöße zwischen Nationalisten und Sozialisten statt. Zahlreiche Personen wurden verwundet.

— Der kommunistische Stadtrat Harpke in Wittenberg hat seine Geliebte und deren Tochter ermordet und sich selbst getötet.

### Polen: Französisch-polnisches Bündnis.

— In Paris ist am 19. Februar ein wichtiges Abkommen zwischen Polen und Frankreich unterzeichnet worden. Die Regierungen Frankreichs und Polens verpflichten sich zu einer gemeinsamen Verteidigung in der äußeren Politik, zum Abschluß eines Handelsvertrages, zu gegenseitiger Hilfe gegen einen Angriff und zu gegenseitiger Beratung vor Abschluß eines neuen Vertrages über ihre Politik in Zentraleuropa und im Orient.

### Frankreich: Der Völkerbundrat in Paris.

— Am Montag ist der Völkerbundrat unter dem Vorstoß des brasilianischen Gesandten da Cunha zu einer Tagung zusammengetreten. Er beschäftigte sich in erster Linie mit den Machtmitteln, die der Völkerbund haben soll. Man will dem Völkerbund seine eigene ein eigenes Heer bewilligen, sondern wenn militärische Maßnahmen erforderlich sind, soll dem Völkerbund vorher eine Organisation zur Verfügung stehen, um die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes durchzuführen.

sehen. Auf der Tagessitzung haben weitere kleinere Anhängerheiten, die Verwaltung des Saargebiets und der freien Stadt Danzig, die Genehmigung des Mandats über die ehemaligen deutschen Kolonien sowie Polen und die Niederlande.

## Der neue preußische Landtag.

### 414 Abgeordnete.

Nach den Berechnungen des Landeswahlleiters sind für den neuen Landtag, der am 10. März zusammentritt, 414 Abgeordnete gewählt. Die Mandate verteilen sich folgendermaßen:

Deutschnationaler	78	Stimme	incl. 1 Abg. in Überzahl.
Deutsche Volksp.	56	"	"
Zentrum	88	"	11 "
Demokraten	25	"	1 "
Sozialdemokraten	111	"	7 "
Unabhängige	22	"	2 "
Kommunisten	30	"	"
Wirtschaftspartei	2	"	"
Welsen	6	"	"

### 414 Stimmen, incl. 22 Abg. in Überzahl.

**Transzästische Stimmen zum preußischen Wahlergebnis.** Zum Ergebnis der preußischen Landtagswahlen schreibt Gustav Hesse in der *Victoire*, man sehe wohl, daß die beiden Rechtsparteien einige Stimmen gewonnen hätten, aber da sie im alten Landtag nur den vierten Teil der Stimmen innegehabt hätten, würden sie eine durch legale Mittel vollständig unsichere Minderheit bilden. Es sei also eine feststehende Tatsache, daß die Männer der Partei von 1914 nur ein Viertel der Wähler für sich haben. „Echo de Paris“ erklärt, die preußischen Wähler hätten, wie man erwartet habe, eine Schwenfung nach rechts gebracht, die unabhängigen Sozialdemokraten hätten sehr gelitten, und die Nationalisten hätten zum Schaden der gemäßigten Konservativen Erfolge erzielt. Die Mehrheitssozialdemokratie gewinnt Stimmen, sodass die Koalition der demokratischen Parteien Herr der Lage bleibt. Man dürfe aber die Bedeutung dieses Ergebnisses nicht übertrieben. Denn die Mehrheitssozialdemokraten dachten in bezug auf den Friedensvertrag von Versailles wie alle Deutschen, das heißt, sie hätten nur die Tendenz, ihn nicht auszuüben.

## Regierungsbildung in Preußen.

**Verhandlungen zur Erweiterung der Koalitionsregierung in Preußen und im Reich.**

Während die drei Koalitionsparteien, die Sozialdemokratie, das Zentrum und die Demokraten, in der Preußischen Landesversammlung über eine starke Mehrheit von 304 Abgeordneten verfügen, ist diese Koalition im künftigen Landtage auf 219 Mandate herabgesunken. Die alten Regierungsparteien hätten damit zwar immer noch eine bescheidene Mehrheit, eine ungefähr gleich starke Regierungsmehrheit von 212 Mandaten würde sich aber auch aus einem Block des Zentrums und der beiden Rechtsparteien ergeben. Das hängt an der Lage bildet also das Zentrum, das sich sowohl nach rechts wie nach links entscheiden kann.

Wie verlautet, beschäftigt man im Zentrum nicht, eine Koalition mit den Deutschnationalen einzugehen. Die Wünsche des Zentrums gehen vielmehr darauf hinaus, durch Heranziehung der Deutschen Volkspartei zu den Regierungsgeschäften in Preußen eine gleichartige Zusammensetzung der Regierungen im Reich und in dem größten deutschen Bundesstaate herzuführen. Die Demokraten stehen diesen Bestrebungen wohlwollend gegenüber, und auch die Deutsche Volkspartei ist gezeigt, wie im Reich, so auch in Preußen in die Regierung einzutreten. Zu einer Klärung der Lage sind am Dienstag bereits eine Besprechung zwischen den in der Reichsregierung vertretenen Parteien, also dem Zentrum, den Demokraten und der Deutschen Volkspartei, statt. Es bestand volle Einmütigkeit darüber, daß auf eine Lösung hingewiesen werden müsse, bei der die Regierungen im Reich und in Preußen von derselben Parteidoktion getragen werden. Es wurde vereinbart, daß von diesem Gesichtspunkt aus ein einheitliches Vorgehen der in der Reichsregierung vertretenen Parteien bei der Neubildung der preußischen Regierung angestrebt werden soll.

Die Stellungnahme der Mehrheitspartei ist noch ungeklärt. Allem Anschein nach jedoch kann auch in sozialdemokratischen Kreisen nicht mehr grundsätzlich abgelehnt gegen einen Eintreten der Deutschen Volkspartei in ein Kabinett, in dem auch die Mehrheitsparteien vertreten sind. Sollten sich in Preußen eine Zusammenarbeit zwischen der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei ermöglichen lassen, dann dürfte diese Koalition voraussichtlich auch auf das Reich ausgedehnt werden. Im Hinblick auf die bevorstehende Londoner Konferenz wäre eine Erweiterung der Koalitionsregierung sicherlich sehr zu wünschen.

## Gerichtsaal.

Die Vorgänge kurz nach Abschluß der Weihnachtswahlen werden in einem Prozeß beleuchtet, der einen Gang nach den Preußenswahlen vor dem Landgericht Berlin I begonnen hat. Es sollen alle Vorgänge, die zu Beginn der großen politischen Umwälzung im Zusammenhang mit den Bildern Elmar abgespielt haben, zur Erörterung kommen. Der Hauptangestellte der Kaufmanns Georg Elmar, Ernst Sonnenfeld, dem mehrere schwere Verdächtigungen beigelegt wurden, soll seinerzeit den Reichstagsklausur um etwa 1½ Millionen Mark geschädigt, Urkundenschmuggeln begangen und wichtige Papiere politischen Inhalts angeeignet haben. Außerdem wird Ernst Sonnenfeld beschuldigt, gemeinsam mit seinem Vater gegen Georg Elmar Erpressungen verübt zu haben. Mit Ernst Sonnenfeld stand noch sieben weitere Personen angeklagt: seine beiden Eltern, sein Bruder, sein Schwager, seine Verlobte, die Stenotypistin Gertrud Schad,

ein Hauptmann von Frankenberg und Sudwigsdorf und ein Oberkontrollleur des Reichskommissars für Nachwachung des Eis- und Muschel, Heinrich Humann, ein Registraturbeamter Rätsch, der mit in die Sache verwickelt worden war, hat Selbstmord begangen. Die Verwandten des Ernst Sonnenfeld sollen diesem Selbstmord geleistet bzw. ihm begünstigt haben, ebenso seine Braut, die ihn auf der Flucht nach Holland begleitete. Hauptmann von Frankenberg war früher im Nachschubdienst des Großen Generalstabes beschäftigt. Es war dann als Geschäftsführer des Ollarschen Marktbetriebs tätig und soll sich des Betruges gegen den Reichstagsklausur schuldig gemacht haben. Es sind etwa 60 Zeugen zu den Verhandlungen, die sich wochenlang hingezogen haben.

## Aus Stadt und Land.

**Amerikanische Milchkühe für die sächsischen Großstädte.** Die Stadt Dresden wird von der amerikanischen Viehhaltung herauslöslich etwa 30 Milchkühe erhalten, und auch die sächsischen Großstädte Leipzig und Chemnitz werden mit einer ähnlich hohen Anzahl von amerikanischen Milchkühen rechnen können.

**Vertrag deutscher Fabriksehemalisse.** Unter großer Bedeutung ihrer Vertragspflichten sind dem „Berl. Tageblatt“ zufolge vier Chemiker der Farbfabrik in Seidenstücken in den Dienst einer amerikanischen Farbfabrik im Staate Delaware getreten. Der Vertrag mit dem neuen Dienstherrn enthält die Klausel, daß die Chemiker ihre bei den Farbfabriken überzeugen erworbenen Kenntnisse und Erfahrungen der amerikanischen Firma zur Verfliegung zu stellen haben. Ein Kosten mit Schriftstücken und Zeichnungen, den die Chemiker unter Ausnutzung ihrer Vertrauensstellung entwendeten, konnte noch in Holland beschlagnahmt und nach Köln zurückgebracht werden. Von den Bürgern haben bereits zwei ihre Stellung in Amerika angetreten.

**Der Tropfenturm auf Schloß Steppendorf.** Bei der Klepelsdorfer Worbafföre wird gemeldet, daß nach dem Ergebnis der Untersuchung als ausgeschlossen bestimmt werden muß, daß außer Gruppen noch irgend eine andere Person an der Ausführung des Mordes beteiligt war. Neben Gruppen Vorlesungen herrscht noch immer völliges Durcheinander. Sehr eingehend wird nach seiner Frau, die nach seiner Angabe nach Amerika ausgewandert sein soll, geforscht. Auf das Schloß brachte Gruppen außer seiner Schwiegermutter und den beiden Stiefkindern noch ein Kindermädchen mit, das seine Geliebte ist. Das Mädchen kann oder will aber nichts über seine Tat aussagen.

**Arbeiter-Demonstration für Scheidemann.** In Kassel zogen am Montag gegen 20 000 Arbeiter in einem Demonstrationszug vor das Haus des Oberbürgermeisters Scheidemann. Sie wollten auf diese Weise gegen einen Streik protestieren, der dem Oberbürgermeister Scheidemann gespielt worden ist. Während er mit seiner Familie in einer Wählerversammlung teilte, in der er vor mehr als 5000 Personen gesprochen hatte, hatten Unbekannte seine Haustür derart verwüstet und das Schlossloch so mit Metallspänen verstopt, daß Oberbürgermeister Scheidemann gebunden war, in einem Hotel zu übernachten, weil sich keine Möglichkeit bot, in das Haus zu gelangen.

**Verhaftungen im Wohnungsamtsamt in Hannover.** Wie dem „Berl. Vol.-Ung.“ aus Hannover berichtet wird, ließ die Oberstaatsanwaltschaft Dienstag früh von der Kriminalpolizei und Sipo durch 80 Beamte das städtische Wohnungsamtsamt besetzen. Die Beamten wurden sofort geschlossen und zwölfe Beamte des Wohnungsamtsamtes verhaftet. Es liegen gegen sie schwere Anklagen wegen Bestechung vor. Sämtliche Beamten wurden bereits verhaftet.

**Stempelabdruck anstatt Freimarken.** Das Ende Dezember bei fünf Postämtern in Groß-Berlin verschwies eingeschaffte Verfahren, daß gewöhnliche Briefmarken zu den Gebührensätzen von 10 und 40 Pf. durch Stempelabdruck freigemacht werden, ist vom Reichspostministerium im Reihe weiter zugelassen worden.

**Durch Schred getötet.** Auf der Wollmühle in Bremervörde überlebte eine Magd die Schußvorrichtung einer im Betriebe befindlichen Dreschmaschine. Die Welle ergriff die Kleider der Unglückschen und wickelte sie auf. Daß das Mädchen selbst in die Maschine gezogen wurde, hielt der Vorsteher dieser an. Das Mädchen aber drang tot zusammen. Eine äußere Verletzung ist an der Welke nicht feststellbar. Lebendig hat der Schred tödlich gewirkt.

## Epizipen.

Roman von Paul Hindemith.

(12 Illustrationen)

Die letzte Schlussfolgerung überraschte durch ihren leidenschaftlichen Sprung Berta, die Wildbikes Veredamselt hinterlassen hatte, doch einigermaßen. Hatte sie nun ebenfalls vor sich hin, lächelte und tat einen Schritt. Entsetzt war Berta nicht, sie war eben nur überrascht, und ihr praktischer Verstand veranschaulichte ihr so gleich eine der Konsequenzen der Verwirklichung dieser Theorie.

„Und wenn man dabei abgesetzt wird?“ fragte sie verständnisvoll.

Fritz lächelte bestriedigt. Die Haupthand hatte er schon erreicht, das bewies ihm diese Frage. Der Abnehmer vor dem Verbrechen selbst war überwunden. Nur über die Schwierigkeit einer glücklichen Ausführung wollte man beruhigt sein.

„Man muß sich eben nicht strecken lassen!“ sagte er langsam und noch heiser. „Und das ist unsere Sache, der Männer Sachen.“ Von Ihnen, meine Damen, verlangt man nichts weiter, als daß ihr hübsch aufwarten, die Augen aufmachen und einem sagt: so und so! Dann kommen wir an die Reihe, und es wird gemacht! Ein Beispiel: Wir brauchen ein paar Tausend Mark. Wenn wir die haben, können wir betraten, kaufen eine kleine Wirtschaft, arbeiten fleißig, das brauchen hilft, wir sind frei und die glücklichsten Menschen!“

Hatte nicht Berta zu, und Berta ließ mit ihrem Knie Wildbikes an.

„Weiter!“ sagte sie.

Er verzogte sich gegen Bernd.

Eine Kapuzinerjungfer — nicht wahr — die kommt überall herum, die weiß, wo die gnädige Frau ihre Juwelen hat, und so . . . die weiß, wann die gnädige Frau ausgeht, wann sie wieder kommt, Besuch hat, wann sie verreist — und das sagt sie einem Freunde, der zu einer Tat entschlossen ist. Und der weiß dann, wann der rechte Augenblick da ist, und dann wird die Sache gemacht. Und dann wird geteilt, kein Mensch erhält etwas davon, es kann einem keiner kostet!“

Er trank den Cognac zu. Sie leerten die Seidel und Wildbikes bestellte neue Füllung.

Er wischte seinen hübschen Schnauzbart ab, schnalzte und sah Berta lächelnd an. Diesmal stieß er sie mit dem Knie an.

„Na!“ schloß er seine Rebe. „Liebe dich denn bei euch nicht so etwas machen?“

„Es wäre etwas zu machen gewesen, früher!“ sagte Berta, die vor Begehrlichkeit sieberte. „Ach, wenn ich Sie doch früher gekannt und alles so gewußt hätte!“

„Wie denn?“ fragte Wildbikes teilnahmsvoll, während er sie wieder anstieß. „Was früher gewesen ist, kann schon wiederkommen!“

„Das schon!“ meinte Berta.

„Nun, sprechen Sie doch, liebes Fräulein!“

„Über Ihr Ehrenwort darauf, daß Sie reinen Mund halten“, sagte Berta treuherzig.

Wildbikes gab ohne das geringste Bedenken sein Ehrenwort.

„Und du, Johann! Es kommt nie ein Wort über deine Lippen?! Kein Mensch hat's bis jetzt von mir erfahren! . . . Fräulein Rose . . .“

Alle gelobten durch Handesdruck unverbrüchliche Verschwiegenheit.

„Nur also“, sagte Berta ganz leise, während sie die Lippe wieder zusammenstießen. „Mit meiner Gräfin stimmt's nicht!“

„Aha!“

„Wenn der Herr verreist, muß ich im Zimmer nebenan schlafen, da schlafst auch der Hund, da steht der elterne Kasten, in den die Gräfin alles versteckt, ihren Schmuck, ihre Spulen. Meine Gräfin hat großartigen Schmuck!“

„Ich verstehe schon“, sagte Wildbikes schlau. „Sie können, wenn Sie wollen, sehr selten Schlaf haben, und währenddem kann allerhand passieren? Über den Hund?“

„Nein, so meine ich's nicht“, fuhr Berta fort. „Ich sage Ihnen ja schon, mit meiner Gräfin stimmt's nicht. Das ist ja auch ganz natürlich, nicht wahr? Sie eine blutjunge Frau, vielleicht vierundzwanzig Jahre alt, und er ein alter Brummbein von sechzig Jahren, und immer mürrisch und abgezweigt — ja! Ich gar nicht verdienten! . . . Also . . .“

„Sagte“, sagte sie mit einem Laches, „Sie können und schreien im Schlafe! Das macht mich nervös. Ich will meine Ruhe haben. Sie brauchen sich kein Angst machen zu machen. Schlafen Sie nur ruhig vorn im Speisestube!“

„Ich dachte mir erst nichts böses dabei! Aber wie ich das zweite oder dritte Mal fortgeschickt wurde, da passte ich auf. Man ist doch ein Kind nennigerlich, nicht wahr? Also ich gehe, nachdem ich gute Nacht gesagt, nicht nach vorne, sondern raus! Ich steile mich an das Gläserfenster des Bodens, nach dem Park zu. Da läuft der Hund unten, aber nur einmal. Sonst geht er wie toll, wenn ihn die Gräfin nicht verhängt. Und da sehe ich denn ganz deutlich, wie die Tür zum Park geöffnet wird, und jemand hereinschleicht. Gleich darauf war er unter den Bäumen verschwunden. Von oben konnte man nichts weiter sehen. Das nächste Mal, als ich wieder meine Gräfin nicht hören soll, sang ich gleich wieder an. Ich stelle mich an das Gläserfenster des ersten Stockes. Und es dauert auch gar nicht lange, da kam er wieder. Nero hatte wieder angeschlagen, und ich hatte ganz deutlich gehört: „Still, Nero!“ Und von da konnte ich die Treppe seilen, die vom Park zur Wohnung führt, und da habe ich ihn auch erkannt.“

### Verstärkung der schwarzen Truppen

im Rheinlande.

Paris. Der „Petit Parisien“ bestätigt, daß die Zahl der schwarzen Belägerungstruppen im Frühjahr vermehrt wird. Es sei jedoch eine häufigere Abholung der einzelnen Formationen in Aussicht genommen. Das Hauptquartier der Kolonialtruppen, die zur Belägerung herangezogen werden, werde sich aus Senegaleien zusammenlegen.

### England baut neue Großlampenflöße.

Basel. Die „Daily Mail“ meldet: Alle Säcke der britischen Admiralität haben erklärt, daß sie dem unverzüglichsten Bau neuer Großlampenflöße günstig gegenüberstehen. Das britische Kabinett beschloß demgemäß die Böfung der Schiffbaufrage.

### Frankreich mobilisiert für den Einmarsch.

Strasburg. Die „Neue Zeitung“ meldet aus Paris: Die französische Regierung ist entschlossen, falls die Londoner Konferenz durch Deutschlands Schuld (1) scheitert, die militärische Besetzung in Deutschland zu verstärken oder auszuweiten. An leitender Stelle bestichtigt man die vorläufige Einberufung der Jägertruppe 1919 unter den Rahmen von die Einberufung der Jägertruppe 1918.

### Die abgegebene Stimmenzahl.

Berlin, 22. Febr. Für die preußischen Landtagswahlen wurden insgesamt 15 933 338 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die einzelnen Parteien: Wirtschaftspartei 4 171 286, Zentrum 2 964 002, Demokraten 977 463, Deutschnationale 2 892 667, Unabhängige 1 055 023, Deutsche Volkspartei 2 260 587, Kommunisten 1 207 695, Polnische Partei 12 271, Nationalsozialist 940, Wirtschaftspartei 187 345 und auf sonstige Parteien 5 606 Stimmen.

### Sachbuch-S.

Die Hauptversammlung des Sächsischen Lehrervereins wird am 26. und 27. September dieses Jahres in Dresden im Ausstellungspalast abgehalten.

Reutlingen. Das diesjährige Lehrerfollegium hat beschlossen, den Eltern der Schülinnen Gelegenheit zu geben, vom Inne-

